



Bürgerverein Pfalzel, Ringstr. 2c, 54293 Trier

[www.buergerverein-pfalzel.de](http://www.buergerverein-pfalzel.de)

Stadtverwaltung Trier  
Herrn Dezernenten Andreas Ludwig  
Rathaus  
Augustinerhof  
**54290 TRIER**

Ringstr. 2c  
54293 Trier  
Telefon: 0651 / 69557  
eMail: [hjwirtz@arcor.de](mailto:hjwirtz@arcor.de)

Datum: 05.01.2017

## **Vorgesehener Standort der Kindertagesstätte Pfalzel**

Ihr Schreiben vom 21.12.2016

Sehr geehrter Herr Ludwig,

wir nehmen Bezug auf unsere Schreiben vom 20.02.2016 und 02.12.2016 sowie unsere Mails vom 28.02.2016, 05.06.2016, 17.11.2016 und 23.11.2016

Eigentlich war das Thema "neuer Standort der Kindertagesstätte Pfalzel" für uns erledigt, da wir alle aus unserer Sicht wichtigen Faktoren in dieser Sache angesprochen haben. Die Verantwortung liegt nun bei der Stadt Trier, in Kenntnis aller Umstände die Entscheidungen zu treffen, die man für verantwortbar hält.

Bereits zu Beginn der Debatte haben wir einige Bedenken gegen diesen Standort vorgetragen und insbesondere den Wunsch der Mehrheit der Pfalzeler, die Kita dort zu belassen, wo sie seit Jahrzehnten war, weiter gegeben. Im Gegensatz zu Vorgehensweisen in anderen Stadtteilen, wo z. B. in Trier-West die Bürger den neuen Standort ihrer Grundschule bestimmen durften, hat dies in unserem Falle niemanden im Kreise der Beteiligten auch nur ansatzweise interessiert.

Am Ende haben wir sodann, als die durch den Trierischen Volksfreund am 17.11.2016 berichteten Bedenken wegen der Nähe der geplanten Kita zu dem Industriegebiet am Trierer Hafen seitens der Stadt Trier als unberechtigt zurückgewiesen wurden, auf die vorliegenden Belastungen durch die Schwerindustrie hingewiesen.

Ihr Schreiben vom 21.12.2016 – übrigens Ihre erste Reaktion auf den gesamten, oben genannten Schrift- und Mailverkehr – kommt insoweit zu einigen Festlegungen, die uns zu einer erneuten Stellungnahme veranlassen.

Sie stellen einen direkten Zusammenhang zwischen unserem jüngsten Schreiben und dem Beschluss des Stadtrates vom 29.09.2016 her. Insoweit handelt es sich aber noch nicht um einen Bau-, sondern lediglich um einen Grundsatz- und Bedarfsbeschluss. Insoweit sind Änderungen ebenso denkbar wie hinsichtlich der vorausgehenden Entscheidung vom 06.10.2015. Der wirkliche Anlass für unser Schreiben vom 02.12.2016 ist Ihnen sehr wohl bekannt.

Tatsächlich bestand in Pfalzel bis zu dieser grundsätzlichen Entscheidung zugunsten eines neuen Standortes noch ein Fünkchen Hoffnung auf Erhalt des alten. So hätte man glauben dürfen, dass in einem der Ausschüsse oder im Stadtrat selbst hinterfragt worden wäre, warum denn die Weichenstellung aus dem Oktober 2015 nicht mehr verfolgt werde. Ob die Argumente gegen einen dortigen Neubau tatsächlich stichhaltig sind. Ob die Vorbehalte gegen die Hans-Adamy-Straße nicht doch überwiegen. Als die Pfarrgemeinde Pfalzel offen berichtete, das alte Grundstück verkaufen zu wollen, wäre der Gedanke seitens der Stadt Trier, hier als Käufer zu agieren, nicht abwegig gewesen. Ist es vertretbar, Überschwemmungsgebiet ohne Not zu bebauen? Sind die damit verbundenen Kosten zu verantworten? Oder gilt hier der Messepark als Vorbild, wo man sich 20 Jahre lang Zeit zur Umsetzung der Ausgleichsmaßnahme ließ (TV vom 10.12.2016)?

Hat man sich auch nie gefragt, ob man das, was man dort bauen möchte, nach geltendem Baurecht überhaupt dort bauen darf? Schließlich ist der Zeitplan angesichts der eingeplanten Zuschüsse ohnehin äußerst ambitioniert.

Sie schreiben, dass der Aspekt eines umweltverträglichen Standorts bei der Entscheidung vom 29.09.2016 gebührend berücksichtigt worden sei. Zweifel daran sind allein deswegen angebracht, da diese Diskussion erst danach eröffnet worden ist. Erst recht aber durch Ihre Äußerungen gegenüber dem Trierischen Volksfreund:

TV 17.11.2016: "Die Nähe zu Eu-Rec habe bei den Überlegungen keine Rolle gespielt".  
Da zu diesem Zeitpunkt von Dioxinen und Schwermetallen noch keine Rede war, ist schwer vorstellbar, dass solche Fragen in Betracht gezogen worden wären.

TV 29.11.2016: "Aktuelle Probleme über Schwermetalle aus dem Trierer Hafen seien Ihnen nicht bekannt".  
Zu diesem Zeitpunkt hatten wir Ihnen alle verfügbaren Unterlagen zu den letzten Schadstoffmessungen zugeleitet. Zudem ist die Dioxinbelastung erheblich gravierender einzustufen als die durch Schwermetalle.

---

Wir wissen sehr wohl, wie genehmigungspflichtige Anlagen in der Theorie zu genehmigen und zu betreiben wären. Aus leidvoller Erfahrung – bestätigt durch alle bisherigen Messungen – wissen wir aber auch, dass zwischen Theorie und Praxis gewaltige Lücken klaffen.

Sie sagen, bezüglich der Firma Steil würden alle Zeus-Empfehlungen umgesetzt. Das wurde auch bereits 2006 nach der ersten Überprüfung durch ZEUS behauptet. Damals hat sich der Stadtrat intensiv mit dem Thema auseinandergesetzt. Nachzulesen ist das in den Sitzungsprotokollen vom 22.06.2006 (TOP 4) und vom 28.11.2006 (TOP 4.1). Leider ist die Stadtverwaltung dann doch nicht so "am Ball" geblieben, wie das am Ende der Besprechung gefordert worden ist.

Als ZEUS im Juli 2009 mit seiner zweiten Prüfung begann, stellte man fest, dass die Vollzugsmeldung aus 2006 weitgehend unzutreffend war und stellte das im Bericht vom 15.09.2010 deutlich heraus. Dieser Bericht und unser Kommentar dazu liegen Ihnen vor. Ihr ehemaliger Kollege Egger hat die damalige Entwicklung aufmerksam verfolgt und räumte uns am 07.12.2010 die Gelegenheit ein, unsere Positionen in seinem Dezernatsausschuss zu erläutern.

Wenn die SGD Nord in diesem Jahr erneute Messungen durchführen wird, macht das nur Sinn, wenn dies im Rahmen einer einjährigen Periode durchgeführt wird, damit man einen Vergleich mit früheren Messungen vornehmen kann. Darüber hinaus müssen auch die Dioxine während des gesamten Zeitraums erfasst werden und – wie wir schon ausführten – auch gasförmig auftretende Dioxine einbezogen werden. Nachvollziehbare Ergebnisse dürften dann frühestens Mitte 2018 vorliegen.

Wie Sie heute davon ausgehen können, dass solche Messungen eine erhebliche Verringerung der Belastung nachweisen würden, ist uns ein Rätsel. Wo sehen Sie Indizien, die darauf hindeuten könnten? Wenn es denn so wäre, hätten sich auch die Werte der ständigen Messstation in der Eltzstraße in gleicher Weise verändern müssen. Die Jahresauswertungen für 2012 – 2015 auf dem Portal des Landesamtes für Umwelt weisen aber im Wesentlichen eine gleich bleibende Belastung aus.

Sodann glauben Sie, dass wir das Thema der Immissionsbelastung nur auf den geplanten Standort der neuen Kita beziehen würden. Diese Vermutung ist völlig abwegig. Schon ein kurzer Blick auf unsere Internetseite zeigt, dass wir dies seit mehr als 12 Jahren in Bezug auf den gesamten Ort diskutieren. Natürlich wird die Belastung mit zunehmender Entfernung zum Industriegebiet geringer. Betroffen sind zudem auch Ruwer, Kenn und die Kenner Ley.

---

Recht haben Sie mit der Feststellung, dass auch in Gebäuden, die eben so nah oder näher am Industriegebiet liegen als die geplante Kita, Kinder leben. Die Zahl dieser Kinder ließe sich mittels der Meldedaten leicht feststellen.

Fakt ist aber auch, dass diese Kinder bisher in der alten Kita während ihres dortigen Aufenthaltes von den schädlichen Umwelteinflüssen durch Friedhof, Wallmauer, Pfarrkirche und umliegende Bebauung weitgehend abgeschirmt waren. Am neuen Standort, nur durch Sportanlagen und Äcker von der Industrie getrennt, wird das nicht der Fall sein. Weit gravierender noch: all die Kinder, die in weniger belasteten Ortsteilen wohnen, werden sich tagsüber viel näher am Industriegebiet aufhalten. Noch einmal sei an dieser Stelle an die Aussage von Herrn Dr. Michels zur erhöhten Gefährdung von Kindern hingewiesen.

Wir bedauern sehr, dass Sie unsere Gesprächsangebote nicht wahrgenommen haben. Wenn Sie uns jedoch zukünftig bei der Verbesserung der Umweltsituation im Umfeld des Trierer Hafens unterstützen möchten, werden wir das begrüßen.

Mit freundlichen Grüßen

Hans-Jürgen Wirtz

---